

Kalter Krieg am Nordpol 12.03.2009

BERLIN (Eigener Bericht) - Mit einer internationalen Konferenz zur Zukunft des nördlichen Polargebiets untermauert die Bundesregierung ihren Anspruch auf die Rohstoffvorkommen der Arktis. Da die Polarkappen wegen des Klimawandels schmelzen, können in den kommenden Jahrzehnten umfangreiche Ressourcen, die jetzt noch vom arktischen Eis verschlossen sind, abgebaut werden. "Die Arktis mit ihren gewaltigen Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie Bodenschätzen", heißt es im Bundeswirtschaftsministerium, "kann einen zentralen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit für Europa liefern." Der Wettlauf um Besitztitel im Polarmeer hat begonnen, jüngst hat sich die NATO in die Debatte eingeschaltet. Weil Deutschland kein Anrainer ist, sucht die Bundesregierung die Ressourcen zum internationalen Gut zu erklären. Man müsse sie "globalisieren", behaupten Berliner Regierungsberater und empfehlen, für Deutschland günstige Kriterien bei der Entscheidung über die Zugriffsrechte anzuwenden: "Die Arktis sollte offen gehalten werden für die Beteiligung von Staaten, die erkennbar klimafreundliche Politiken zum Nutzen Aller verfolgen".

Schätze

Den Gebieten rings um den Nordpol wird erhebliche strategische Bedeutung beigemessen. Unter dem arktischen Meeresgrund werden umfangreiche Ressourcen vermutet, darunter Zinn, Mangan, Gold, Nickel, Blei, Platin und Rohdiamanten sowie ein Viertel aller bisher nicht erschlossenen Vorkommen von Erdöl und Erdgas. Da sich das Klima nirgends auf der Welt so rasch erwärmt wie in der Arktis und Gletscher und Eis im Nordpolarmeer schmelzen, wird ein gewinnbringender Abbau möglich. Auch die bislang gar nicht oder nur im Sommer passierbaren Schifffahrtsrouten, die den Weg von Europa und der nordamerikanischen Ostküste nach China und Japan stark verkürzen, sind künftig wohl das ganze Jahr hindurch nutzbar. Auch für den boomenden deutschen Ostasien-Handel besitzen die neuen Routen langfristig hohe Bedeutung.

Ansprüche

Die Kontrolle über Rohstoffvorkommen und Schifffahrtsrouten in der Arktis ist heftig umstritten. Bei den Schifffahrtsrouten reklamiert Moskau die Hoheit über die "Nordostpassage" (Nordeuropa-Ostasien) für sich und will Transitgebühren kassieren. Kanada beansprucht einen wichtigen Abschnitt der "Nordwestpassage". In beiden Fällen beharren die übrigen Staaten darauf, die Schifffahrtswege seien frei zugängliche internationale Gewässer. Auf die Bodenschätze erheben die fünf Anrainerstaaten Russland, USA, Kanada, Dänemark (via Grönland) und Norwegen unmittelbare Ansprüche; ihre Grenzen im Polarmeer sind bisher nicht festgeschrieben. Forschungsmissionen erfassen das Gebiet kartographisch und versuchen die nationalen Ansprüche möglichst hoch zu taxieren. Russland etwa fordert fast die Hälfte des Polarmeers inklusive des Nordpols für sich ein. Auch Deutschland, das als Nicht-Anrainerstaat keine eigenen Besitztitel geltend machen kann, hat des öfteren seinen Anspruch auf Teilhabe an den arktischen Rohstoffen unterstrichen (german-foreign-policy.com berichtete [1]).

Offensiv

Eine der Berliner Strategievarianten ist der Versuch, über die Europäische Union Einfluss zu gewinnen. Erste Grundzüge der künftigen EU-Arktispolitik

wurden im November in einem Strategiepapier der EU-Kommission festgelegt. Man suche im Hohen Norden - in einer "einzigartigen Region mit strategischer Wichtigkeit" - europäische Interessen "offensiv zu vertreten", heißt es. Das Papier verlangt größeren politischen Einfluss sowie Zugriff auf die Öl- und Gasvorkommen. Es sei wichtig, dass die EU "auch die Wirtschaftspotentiale dieses Gebiets anerkennt", lobt der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Jochen Homann: "Die Arktis mit ihren gewaltigen Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie Bodenschätzen kann einen zentralen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit für Europa liefern." [2]

Wettlauf

Kurz nach der EU veröffentlichten auch die Vereinigten Staaten eine neue Arktis-Strategie - eine der letzten Amtshandlungen der Regierung Bush. Washington will seine Präsenz in der Arktis ausweiten und kündigt an, seine Interessen, wenn nötig, auch mit nationalen Alleingängen durchzusetzen. [3] Die neue US-Administration bekräftigt dies: Außenministerin Clinton mahnt zur Eile, da die Arktis "langfristig unsere kommerziellen, ökologischen und Energie-Interessen berühre", und Präsident Obamas designierter Wissenschaftsberater John Holdren warnt davor, den Wettlauf um den Nordpol zu verschlafen. [4] Erwartet wird zudem, dass sich künftig immer mehr Nicht-Anrainer in diesen Wettlauf einschalten; genannt werden bereits Großbritannien, Japan, Indien und die Volksrepublik China.

Aufrüstung

Angesichts der zunehmenden Rivalitäten schließen Experten kriegerische Konflikte um Einfluss in der Arktis nicht mehr aus. Das militärische Muskelspiel ist in vollem Gange. Die USA sind schon seit dem Zweiten Weltkrieg auf Grönland militärisch präsent und haben sich per Abkommen reichlich militärischen Handlungsspielraum auf kanadischem Gebiet und vor den Küsten Kanadas gesichert. Kanada hat angekündigt, neue Patrouillenschiffe zu bauen und einen Tiefwasserhafen und zwei Militärbasen zu errichten, und will generell stärkere Militärpräsenz zeigen. [5] Auch Russland baut seine militärische Position in der Arktis aus, will seine Eisbrecherflotte modernisieren sowie ein Netzwerk von Polarstationen errichten und damit seinen Anspruch auf die Region untermauern. [6]

Säbelrasseln

Die NATO will - wie es etwa die deutsche Konrad-Adenauer-Stiftung verlangt [7] - angesichts der Konkurrenzkämpfe ebenfalls ihre Position in der Arktis stärken und provoziert neue Spannungen mit Russland. Ein NATO-Sprecher erklärt, die Region sei für die Allianz von langfristigem strategischem Interesse; Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer bringt sogar die Möglichkeit einer Militärpräsenz im Polargebiet ins Spiel. Der NATO mangle es an Fähigkeiten, in der Arktis gegen Russland zu konkurrieren, urteilt der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Polar-Kooperation. [8] Der Generalstabschef der Streitkräfte schließlich droht, die Gefechtsausbildung der russischen Kriegsmarine werde künftig die Präsenz von NATO-Schiffen in der Arktis berücksichtigen. [9]

Neue Chancen

Trotz der NATO-Vorstöße, die auch in deutschem Namen geschehen, versucht sich die Bundesregierung mit einer in diesen Tagen in Berlin stattfindenden Arktiskonferenz als "Friedensstifterin" zu profilieren. Angesichts begrenzter machtpolitischer und militärischer Handlungsspielräume Deutschlands will sie die eigenen Ansprüche unter Berufung auf internationales Recht legitimieren. "Wir haben einen Kalten Krieg am Nordpol zu vermeiden", hatte Außenminister Steinmeier im Herbst 2007 erklärt; über Ansprüche auf die dortigen Energievorkommen dürfe ausschließlich nach dem Völkerrecht entschieden werden. [10] Deutschland sei zwar kein Anrainerstaat, heißt es jetzt im Auswärtigen Amt; man sei aber dafür, "auf Strukturen für die Arktisregion hinzuwirken, die sich auf das Völkerrecht stützen, auf eine nachhaltige und

friedliche Bewirtschaftung der Ressourcen abzielen und das ökologische Gleichgewicht bewahren".[11] Veranstaltet wird die internationale Konferenz "Neue Chancen und Verantwortlichkeiten in der Arktis" gemeinsam mit den Außenministerien Dänemarks und Norwegens, den engsten Verbündeten Deutschlands im Kampf um die Kontrolle des Polarmeers. Als Vortragende sind unter anderem der zuständige EU-Kommissar sowie der russische Arktis-Sonderbeauftragte geladen.

Arktisches Standing

Die Berliner Strategie zielt zunächst auf Zeitgewinn. Eine in den nächsten Jahren mögliche Klärung der Territorialansprüche nach der UN-Seerechtskonvention soll mittels eines Moratoriums aufgeschoben werden, weil Deutschland als Nicht-Anrainer dabei nicht berücksichtigt würde. Da die Anrainerstaaten "vom Nutzen eines solchen Moratorium nur schwer zu überzeugen" wären, empfehlen Regierungsberater von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Nicht-Anrainern wie Großbritannien, Japan und China.[12] Es soll unbedingt verhindert werden, dass die unter dem Ozean liegenden arktischen Bodenschätze unter den fünf Anrainern aufgeteilt werden. Vielmehr müssten sie, heißt es, "globalisiert" und einer noch unbestimmten "einheitlichen Ordnung" überantwortet werden. In dieser Ordnung will Berlin seinen eigenen Anspruch mit Hilfe sonderbarer Kriterien festschreiben: "Die Arktis sollte offen gehalten werden für die Beteiligung von Staaten, die erkennbar klimafreundliche Politiken zum Nutzen Aller verfolgen", empfehlen die SWP-Berater. Zudem heißt es, Deutschland habe aufgrund seiner langjährigen Arktisforschung, seiner Mitarbeit in verschiedenen Arktisgremien und seiner angeblich "berechtigten Schifffahrtsinteressen" ein erhebliches arktisches "Standing".[13]

[1] s. dazu [Energie für Deutschland \(II\)](#) , [Eiskalter Krieg](#) , [Eiskalter Krieg \(II\)](#) , [Eiskalter Krieg \(III\)](#) und [Eiskalter Krieg \(IV\)](#)

[2] Neue Strategie: Europäer steigen in das Rennen um die Arktis ein: Spiegel online 21.11.2008

[3] Neue Arktis-Strategie der USA: Bushs eisiges Vermächtnis; Spiegel online 13.01.2009

[4] Streitkräfte und Strategien; www.ndrinfo.de 07.03.2009

[5] Kampf um Arktis: Kanada will mehr Militärpräsenz zeigen; RIA Novosti 02.03.2009

[6] Russland baut Präsenz in Arktis aus; Der Standard 12.02.2009

[7] s. dazu [Strategische Konzepte \(I\)](#)

[8] Russland braucht keine Nato-Konkurrenz in der Arktis zu befürchten; RIA Novosti 12.02.2009

[9] Russland wird Versuche zur Militarisierung der Arktis adäquat beantworten; RIA Novosti 24.02.2009

[10] Deutschland plant große Arktis-Konferenz; Spiegel online 17.02.2009

[11] Internationale Konferenz "Neue Chancen und Verantwortlichkeiten in der Arktis" im Auswärtigen Amt; www.auswaertiges-amt.de 06.03.2009

[12], [13] Klimawandel und Sicherheit in der arktischen Region; www.swp-berlin.org Januar 2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com